



Michael Diettrich (Sprecher)  
Berg 31/18  
6840 Götzis  
Tel 0650 92 36 922  
info@armutskonferenz-v.at

## Presseaussendung

### Ökonomischer Blindflug

#### **Armutskonferenz irritiert über die Sparvorstellungen von Landeshauptmann Wallner**

Es ist erfreulich, dass Landeshauptmann Wallner die wirtschaftliche Situation infolge des Corona-shutdowns realistischer einschätzt, als es bisher die Wirtschaftsforschungsinstitute getan haben. Der Landeshauptmann geht richtigerweise davon aus, dass die zu erwartende Wirtschaftskrise weit größere Ausmaße haben wird als die Finanzkrise 2008/09 und wir noch mehrere Jahre für eine Erholung brauchen werden. Es mag durchaus sein, dass man vor diesem Hintergrund auch das Regierungsprogramm einem Update wird unterziehen müssen.

#### **Es lebe der Sparefroh – aber bitte nicht jetzt!**

Unfassbar angesichts dieser Erkenntnis ist es allerdings, dass er schon im Anfangsstadium dieser Krise vom Sparstift spricht, den das Land nun ansetzen müsse. „Gibt es eigentlich niemanden im Landhaus, der den Landeshauptmann darüber aufklärt, dass ein Konjunkturprogramm zur Förderung der Wirtschaft keines ist, wenn es von Einsparungen in anderen Bereichen und Verschiebungen von Projekten begleitet wird? Ein Konjunkturprogramm muss zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpen, zusätzlich zu dem, was ohnehin geplant war!“, kommentiert der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz Michael Diettrich und ergänzt: „Die EU hebt ohne zu Zögern zumindest vorübergehend die bisher heiligen Grenzen für die Staatsverschuldung auf, die EZB wirft ihre bisherigen Regeln für den Aufkauf von Staatsanleihen über Bord und legt ein zusätzliches Anleihenkaufprogramm von 750 Mrd. Euro bis Jahresende auf – und unser Finanzlandesrat gibt den Sparefroh. Das ist unglaublich und zeugt von einer nicht vermuteten Unkenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge.“

Es ist sicherlich richtig, dass die entscheidenden Weichen für Konjunkturprogramme und Konjunkturerholung in Wien vom Bund und nicht in Vorarlberg gestellt werden. Aber insbesondere für die von der Krise besonders betroffenen KMU wären zusätzliche Investitionen und die Förderung durch Land und Gemeinden hilfreich. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, was eigentlich aus den 100 Mio. Euro geworden ist, die das Land zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise angekündigt hat – darum ist es sehr still geworden.

Auch das Ansinnen des Landeshauptmannes, Sozialtransfers wie Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Familienzuschuss und Mindestsicherung kritisch hinterfragen zu wollen, kann man nur ungläubig zur Kenntnis nehmen: Diese Sozialtransfers werden eins zu eins in Konsum und Nachfrage umgesetzt und solche Inlandsnachfrage ist das, was Vorarlberger Klein- und Mittelbetriebe dringend brauchen werden.

#### **Jobmotor Gesundheits- und Sozialwesen für den Abbau der Arbeitslosigkeit nutzen statt ihn zusammenzustreichen**

Sehr irritierend ist es auch, wenn der Landeshauptmanns gewissermaßen in einem Atemzug Sparmaßnahmen im Sozialbereich und ein Vorarlberger Konjunkturprogramm ankündigt, das Arbeitsplätze schafft und sichert. Die Konzentration auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist zwar

grundsätzlich löblich, denn das muss das vorrangige Ziel aller konjunkturpolitischen Maßnahmen sein. Aber: „Dem Landeshauptmann scheint unbekannt zu sein, dass das Gesundheits- und Sozialwesen in den letzten 20 Jahren der Jobmotor Vorarlbergs war und nahezu doppelt so viele Arbeitsplätze geschaffen hat wie die Industrie. Nimmt man noch den Bereich Bildung und Erziehung hinzu, waren es sogar fast drei Mal so viel<sup>1</sup>. Will man schnell neue Arbeitsplätze schaffen, ist das Gesundheits- und Sozialwesen erste Wahl. Dass wir mehr und besser bezahltes Pflegepersonal brauchen, hat nicht erst die Corona-Krise gezeigt. Aber auch hier gilt: Dem Arbeitsmarkt nützt es gar nichts, wenn man das eine ausbaut und andere Bereiche des Sozialwesens zusammenkürzt. Es braucht insgesamt einen Ausbau und der täte auch dem Bildungswesen gut. Statt Sparstifte zu spitzen, könnte man die Erfordernisse in der Krise auch als Chance sehen, endlich das umzusetzen, was es bisher schon gebraucht hätte“, erläutert der Sprecher der Armutskonferenz.

### **Déjà vu: Wirtschaftskrise infolge des EU-Sparpakts**

In der Gesamtschau erweist sich Markus Wallner als erstaunlich lernresistent: Man muss kein ausgebildeter Volkswirt sein, um mit einem Blick auf die wirtschaftlichen Daten der vergangenen 10 Jahre zu erkennen, welche fatalen Folgen der EU-Sparpakt 2012 hatte: Viel zu früh wurden nach der ersten Erholung von der Finanzkrise die Sparpakete für die Sanierung der öffentlichen Haushalte gepackt, mit der Folge eines erneuten und stärkeren wirtschaftlichen Einbruchs in der gesamten Eurozone. Selbst der IWF gibt heute zu, dass diese Medizin, die vor allem (aber nicht nur) Griechenland verabreicht wurde, falsch war. Wir erkennen heute, dass die Coronakrise in den Ländern zu den meisten Opfern führt, die infolge des Sparpakts ihre Gesundheitssysteme zusammensparen mussten (Italien, Spanien, Frankreich).

Markus Wallner will diesen Fehler nun wiederholen – und das sogar schon zu Beginn der Krise, nicht erst nach der Erholung. Fast könnte man vermuten, der Politikwissenschaftler Wallner zündelte in einer Phase größter wirtschaftlicher Trockenheit ein bisschen mit dem politischen Streichholz. Das bedeutet größte Brandgefahr, lieber Herr Landeshauptmann – Finger weg! Wenn Sie sich selbst in Ökonomie nicht auskennen, lassen Sie sich beraten – z.B. von dem Ihnen ideologisch nahe stehende österreichischen Ökonomen Erich Streissler, der zeitlebens ÖVP gewählt hat. Der meinte: „In einem hatte Keynes recht: In einer Krise darf der Staat nicht sparen.“

### **Was aus Sicht der Armutskonferenz jetzt notwendig wäre**

1. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen und Existenzkrisen sollten allen (Unternehmen und Einzelpersonen) die durch den Corona-shutdown im Vergleich zu den 3 Monaten vor dem shutdown **entstehenden Einnahmeverluste für 3 Monate vom Staat durch direkte Zuschüsse ausgeglichen werden**. Diese Regelung ist unkomplizierter und sicherer als das Bürokratiemonster, das von der Bundesregierung geschaffen wurde. Die Abwicklung erfolgt über die Finanzämter, wo die entsprechenden Einkommensdaten vorliegen. Bei hohen Förderungen (z.B. ab € 1 Mio.) kann im Nachhinein geprüft werden, ob die Zuschüsse zu Recht erfolgt sind. Diese Maßnahme ist akut und hat sofortige Wirkung. Sie würde gewährleisten, dass der Geldkreislauf in Gang bleibt, der für das Wiederhochfahren des Güterkreislaufs unabdingbar ist. Es sollte von der Bundesregierung geprüft werden, ob man diesen Mechanismus nachträglich noch an die Stelle des gewählten Bürokratiemonsters setzen kann. Die Landesregierung sollte prüfen, was davon sie in ihrem Kompetenzbereich umsetzen kann.

2. Wenn man so verfährt, brauchen die Betriebe beim Wiederhochfahren der Wirtschaft keine grundsätzlichen Steuerentlastungen, sondern vor allem Nachfrage. Diese kann man relativ schnell stimulieren, wenn man die bereits beschlossene **Steuerentlastung für untere Einkommensgruppen vorzieht** und zusätzlich **Sozialtransfers erhöht: Anhebung des Arbeitslosengelds** von derzeit 55% auf 70% Nettoersatzrate; **Erhöhung des Ausgleichzulagenrichtsatz für PensionistInnen** von derzeit € 967/Einzelperson in Richtung der von der Armutskonferenz seit langem präferierten Referenzbudgets, in einem ersten, pragmatischen Schritt auf die Höhe der GIS-Gebührenbefreiung

<sup>1</sup> Aktuellster Stand lt. STATISTIK AUSTRIA: 2018

(rund € 1.1000); damit würde auch die an die Ausgleichszulage gekoppelte **Mindestsicherung** um etwa den gleichen Betrag steigen; **Erhöhung der Wohnbeihilfe** für niedrige (Erwerbs-) Einkommen – die Armutskonferenz erinnert in diesem Kontext an das von ihr schon seit längerem vorgeschlagene Modell für Vorarlberg.

3. Zur mittel- bis langfristigen **Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen** sind Investitionen, vor allem öffentliche, erforderlich. Da es neben Corona noch einen bedrohlichen Klimawandel gibt, bieten sich hier **Investitionen in Klimaschutz** an. Da sollte nichts verschoben und umgeschichtet, sondern alles massiv ausgeweitet werden. Dies würde speziell der Binnenwirtschaft und vielen KMU zu Gute kommen. Zusätzlich wären **Investitionen in den Sozialstaat und das Gesundheits- und Sozialwesen** angeraten. Die Coronaepidemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat ist. Wir brauchen nicht nur mehr und besser bezahlte Pflegekräfte (speziell in Pflegeheimen). Das Gesundheits- und Sozialwesen ist eine immer wichtiger werdende Wirtschaftsbranche, die wachstumsfördernde Wirkung von Investitionen in einem Bereich (z.B. Pflege) würde aufgehoben, wenn man dafür in anderen Bereichen einspart.

### **Mehr volkswirtschaftliches Verständnis ist dringend erforderlich**

Die Sparambitionen des Landeshauptmanns sind Gift für die Erholung der Vorarlberger Wirtschaft. Vorarlberg hat in jeder Wirtschaftskrise immer stärkere Einbrüche verzeichnet als der Rest Österreichs. Das wird wegen der Exportlastigkeit der Vorarlberger Wirtschaft dieses Mal eher noch stärker sein – immerhin befinden sich unsere größten Exportländer (Deutschland, Schweiz, USA, Italien, Frankreich) in z.T. noch stärkeren Rezessionen als Österreich.

Wenn die Wirtschaft wachsen soll, muss irgendjemand mehr Geld ausgeben als vorher. Wer soll das sein, Herr Wallner? Die privaten Haushalte werden sicherlich nicht mehr nachfragen, wenn man ihnen nicht mehr Einkommen in die Hand gibt. Die Unternehmen werden ebenfalls nicht mehr investieren, wenn es nicht mehr Nachfrage gibt. Die naive Vorstellung, sie würden ihre Investitionen hochfahren, wenn man sie von Abgaben entlastet, hat sich in den letzten 20 Jahren als Trugschluss erwiesen: Trotz zahlreicher Abgabentlastungen haben sie ihre Investitionsquoten nicht erhöht. Soll es weiterhin das Ausland (z.B. Italien) sein, das sich für die Vorarlberger Sparefrohe verschuldet, indem es den Vorarlbergern mehr Exporte abkauft als die von ihm importieren – und sich deshalb nach allen volkswirtschaftlichen Regeln verschuldet? Dann darf man sich allerdings nicht beschweren, wenn der italienische Ministerpräsident eine Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone verlangt oder ein Herr Trump sagt, das mache er nicht mehr mit.

„Ihre Antwort, Herr Wallner, würde uns sehr interessieren“, sagt Diettrich in Richtung des Landeshauptmannes und ergänzt: „Unsere Antwort ist: In der jetzigen Situation wird der Staat bzw. das Land einspringen und Schulden machen müssen – koste es, was es wolle. Diese Schulden sind im Sinne unserer Kinder! Sie würden sich beschweren, wenn wir zu wenig für den Klimaschutz täten, nur weil wir gerade lieber sparen wollen. Sie würden sich beschweren, wenn wir die Investitionen unterließen, aus denen sie künftig ihre Einkommen erzielen müssen – nur weil heutige FinanzpolitikerInnen so stolz auf ausgeglichene öffentliche Haushalte und gute Ratings von Ratingagenturen sind.“

Götzis, den 24.04.2020